

Delegierte verabschieden Düsseldorfer Erklärung

Für einen leistungsfähigen Sozialstaat

Die Delegierten des 18. Landesverbandstages wenden sich mit der „Düsseldorfer Erklärung“ an Politik und Öffentlichkeit. Sie fordern die politischen Akteure auf, sich für einen leistungs- und zukunftsfähigen Sozialstaat einzusetzen. Im Mittelpunkt der Erklärung steht die Politik für behinderte und sozial benachteiligte Menschen.

„Die Verwirklichung eines leistungs- und zukunftsfähigen Sozialstaates ist eine ständige Verpflichtung, deren Umsetzung Landtag und Landesregierung in den Mittelpunkt ihrer Arbeit stellen müssen“, heißt es im Wortlaut der Erklärung. Der Schutz der im Grundgesetz garantierten Rechte auf Menschenwürde, Selbstbestimmung und soziale Teilhabe müsse insbesondere auch all denjenigen zugute kommen, die aus Mangel an Einkommen und Vermögen oder aufgrund von Behinderung oder gesundheitlicher Einschränkung benachteiligt sind. Notwendig sei daher ein politischer Richtungswechsel, der anerkenne, dass eine solidarische Gesellschaft einen handlungsfähigen Sozialstaat brauche.

Zwar begrüßte der SoVD NRW

Initiativen der Landesregierung zur Erstellung eines Aktionsplanes „NRW inklusiv“. Insgesamt verlaufe die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention jedoch nach wie vor zu zögerlich. Erheblichen Handlungsbedarf gebe es unter anderem hinsichtlich inklusiver Bildung und Barrierefreiheit. Um Letztere voranzubringen, seien verpflichtende Regelungen und Nachbesserungen im ÖPNV-Gesetz sowie in der Landesbauordnung notwendig. Allein auf dem Wege der freiwilligen Zielvereinbarungen sei die Barrierefreiheit nicht zu erreichen.

Der SoVD NRW fordert zielführende Maßnahmen zur Umsetzung eines inklusiven Bildungssystems: „Wir brauchen eine Schule für alle statt Ausgrenzung in Förderschulen.“ Des Weiteren fordern die



Foto: Michaela Gehms

Zur Landesverbandstagung des SoVD in Düsseldorf waren zahlreiche Delegierte angereist.

Delegierten die Sicherstellung bedarfsgerechter Angebote zum selbstbestimmten Wohnen behinderter und pflegebedürftiger Menschen sowie Verbesserungen zur Teilhabe am Arbeitsleben und im Hinblick auf Partizipation und Interessenvertretung. Anlass zur Sorge bereiten Niedrig-

löhne, die Einkommensarmut und in der Folge Altersarmut verursachen. Das Land sei daher in der Pflicht, sich für einen bundesweiten gesetzlichen Mindestlohn einzusetzen. Eine armutsfeste und sanktionsfreie Grundsicherung müsse Armut verhindern und ein menschenwürdiges Leben ermöglichen.



Interessierte können sich die auf dem Landesverbandstag verabschiedete „Düsseldorfer Erklärung“ im Wortlaut online unter www.sovd-nrw.de herunterladen.

Sozial-, Frauen- und Jugendpolitik

SoVD-Delegierte beschließen einstimmig neue Grundsätze

Auf der 18. Landesverbandstagung haben die Delegierten die neuen Grundsätze zur Sozial-, Frauen- und Jugendpolitik verabschiedet. Darin fordert der SoVD Nordrhein-Westfalen eine Rückkehr zu einem solidarischen Sozialversicherungssystem.

Der Verband macht sich insbesondere für eine gerechte Abgaben- und Steuerpolitik stark. Diese müsse auch der öffentlichen Hand die notwendigen Mittel sichern, um soziale Aufgaben erfüllen zu können. Des Weiteren spricht sich der SoVD NRW für eine solidarische Kranken- und Rentenversicherung aus. Die Krankenversicherung müsse wieder paritätisch finanziert werden. In Sachen Alterssicherungspolitik fordert der Verband die Weiterentwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung zu einer Erwerbstätigenversicherung, in die auch Selbstständige, Beamte und Politiker einbezogen werden sollen.

Mit Blick auf die Arbeitsmarktpolitik macht sich der SoVD für eine bessere Absicherung im Falle von Erwerbslosigkeit und für eine Ausweitung von Qualifizierungsmaßnahmen für langzeitarbeitslose, behinderte und ältere Arbeitnehmer stark. Ebenso sollte der Bezug von Lohnersatzleistungen ver-

längert werden, um den sozialen Abstieg besser abfedern und das Abdriften in Armut verhindern zu können. Ein-Euro-Jobs und sachgrundlose Befristungen sollten abgeschafft werden. Hinsichtlich der Situation pflegebedürftiger Menschen spricht sich der SoVD für Maßnahmen zur Verhinderung pflegebedingter Armut aus. Angehörige müssten stärker entlastet und professionell unterstützt werden. Die pflegerische Infrastruktur müsse so fortentwickelt werden, dass mehr Menschen so lange wie möglich selbstbestimmt in ihrer vertrauten Umgebung wohnen bleiben können.

Zur Umsetzung der Gleichstellung von Frauen und Männern fordert der Verband eine konsequente Gleichstellungspolitik. Nur so könne die Benachteiligung von Frauen überwunden werden, die trotz besserer Qualifikation bei gleichwertiger Arbeit bis heute geringer entlohnt werden. Zudem seien typische „Frau-

enberufe“ schlechter bezahlt als Berufe, die vorwiegend von Männern ausgeübt werden. In Führungspositionen sowie in Gremien und politischen Ämtern seien Frauen immer noch deutlich unterrepräsentiert.

Ein besonderes Augenmerk richtet der Verband auf die Situation von Frauen und Mädchen mit Behinderungen. Sie würden in doppelter Hinsicht diskriminiert und seien vom Sozialabbau besonders stark betroffen. Der SoVD setzt sich für eine stärkere soziale Sicherung, mehr Beratung und eine geschlechterparitätische Besetzung der Beschäftigungspflichtquote schwerbehinderter Menschen ein.

Die neuen Grundsätze sind im Internet unter www.sovd-nrw.de (Menüpunkt Sozialpolitik) in der Entwurfsfassung abrufbar. Sie werden in Kürze gedruckt und anschließend den Verbandsgliederungen des SoVD und allen wichtigen sozialpolitischen Akteuren in NRW zugesandt.

Der SoVD NRW hat einen großen Anteil daran, dass unsere Gesellschaft eine solidarische und soziale Prägung hat. Für das hohe Engagement des Verbandes in vielen sozialpolitischen Fragestellungen danke ich den vielen Mitgliedern herzlich.
Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD)

Inklusion muss nach dem Schulabschluss in der Berufsausbildung und auf dem Arbeitsmarkt deutlich ins Blickfeld der Gesellschaft gerückt werden.
Reiner Priggen (Bündnis 90/Die Grünen), Fraktionsvorsitzender im nordrhein-westfälischen Landtag

Subjektive Rechtsansprüche sind durch die UN-Konvention nicht begründet worden. Verpflichtungen, die für das Schulwesen erwachsen, richten sich in erster Linie an die Träger staatlicher Gewalt. Dies sind vor allem die Länder, kommunale Schulträger und Ersatzschulträger.
Karl-Josef Laumann (CDU), Fraktionsvorsitzender im Landtag von NRW

Die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention ist ein kleinteiliger und langwieriger Prozess. Wir wollen ihn mit der erforderlichen Sensibilität und Differenzierung durchführen.
Norbert Römer (SPD), Fraktionsvorsitzender im Landtag

Für die Verwirklichung einer inklusiven Gesellschaft brauchen wir einen langen Atem. Mit dem SoVD NRW an unserer Seite werden wir dieses große Gesellschaftsprojekt realisieren.
Guntram Schneider (SPD), Minister für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen

Eine inklusive Gesellschaft braucht eine starke Lobby. Daher begrüßen wir ausdrücklich, dass sich der SoVD NRW diesem Thema widmet.
Dr. Carolin Butterwegge (Die Linke), Landtagsabgeordnete

Der SoVD NRW bietet vielen Menschen im Rahmen eines intensiven Vereinslebens Raum für ehrenamtliches Engagement und sozialpolitische Diskussionen. Für mich sind die Impulse, die Sie geben, immer wieder eine Bereicherung meiner Arbeit.
Norbert Killewald (SPD), Behindertenbeauftragter des Landes Nordrhein-Westfalen